

Haushaltseinbringung am 12.12.2012

von Mechtild Schulze Hessing

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lührmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

(Folie 1)

bereits im vergangenen Jahr bei der Haushaltseinbringung für 2012 wurde deutlich darauf hingewiesen, dass es prioritäres Ziel sein muss, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. In 2012 hatten wir ein besonderes Datum: Ab dem 16.02.2012 ist die Stadt Borken schuldenfrei. Diese Tatsache hat ein außerordentliches – für uns etwas unerwartetes Echo über die Region hinaus – gefunden. Auch wenn es der Stadt Borken „gut geht“, wie ich immer wieder von unterschiedlichsten Akteuren vernehme, habe ich immer dagegen gehalten, dass es uns erst wirklich erst gut geht, wenn der laufende Haushalt strukturell ausgeglichen ist und wir nicht mehr durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage und damit einem Vermögensverzehr für den Ausgleich sorgen müssen. Nun hat sich das ablaufende Jahr 2012 gegenüber den ursprünglichen Planungen äußerst positiv entwickelt. Im Controllingbericht, der nach den Sommerferien eingebracht wurde, ist bereits eine „schwarze Null“ prognostiziert worden. Diese erfreuliche Entwicklung hat sich weiter fortgesetzt, so dass wir zu einem vorläufigen Ergebnis von + 2,5 Mio. € kommen. Das Haushaltsjahr 2010 hat noch mit einem Defizit von rund 2,0 Mio. € abgeschlossen – der Jahresabschluss liegt Ihnen heute zur Beschlussfassung vor. Das geplante Defizit in 2011 von ca. 1 Mio. € hat sich nicht bestätigt, wir werden voraussichtlich ein Plus von ca. 5,0 Mio. € haben, der Jahresabschluss ist in Arbeit. Wir gehen davon aus, dass sich die erfreuliche Entwicklung von 2011 und 2012 in 2013 fortsetzt.

Wir vertrauen auf eine solide und widerstandsfähige Wirtschaft auch in den Folgejahren – die Grundlage der Kommunal финанzen.

(Folie 2)

Daher planen wir in 2013 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Bei einem Aufwand von 94.152.900 € gehen wir von einem Ertrag von 94.155.600 € aus – also einem Aus-

gleich. Wenn wir es nicht unter den derzeitigen guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wagen, wann dann?

(Folie 3)

In den vergangenen Jahren ist zu beobachten, dass die Planaufwendungen höher angesetzt wurden, als die voraussichtlichen Ergebnisse. Für 2013 haben wir im Rahmen von Budgetgesprächen mit allen Facheinheiten versucht, möglichst realitätsnahe Aufwendungen zu veranschlagen.

(Folie 4)

Zur Struktur der Erträge ist insbesondere die Entwicklung des Anteils der Steuererträge aus Grundsteuern, Gewerbesteuern, dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zu erwähnen. In der Planung 2011 lag der Anteil bei knapp 45 %, in 2012 bei 48,45 % und in 2013 gehen wir von einer Entwicklung von über 50 % aus. Bei einem Besuch jüngst in einer Ruhrgebietskommune haben wir diese Daten verglichen. Hier zeigen sich eklatante Unterschiede, in dieser Kommune lag die Quote unter 35 % bei einem erheblich höheren Gewerbesteuerhebesatz als hier in Borken.

In den nachfolgenden Folien möchte ich kurz auf einzelne Entwicklungen eingehen.

(Folie 5)

Die Gewerbesteuer zeigt eine erfreuliche Steigerung, nach dem Einbruch 2009 hat sich unsere Wirtschaft erstaunlich schnell und gut erholt. Der noch vorsichtig geplante Ansatz in 2012 mit 20 Mio. € wird mit über 3 Mio. € überschritten, sodass wir mit einer Fortschreibung für 2013 rechnen. Hier besteht ein Risiko insbesondere in der andauernden Euro-Finanzkrise. Doch Deutschland hat sich bislang als wirtschaftlicher Motor gezeigt und wir gehen davon aus, dass unsere vielfältig aufgestellten, soliden Unternehmen sich weiterhin am Markt behaupten. Bei unserer Prognose bleiben wir noch hinter den Wachstumsprognosen in der Modellrechnung des Landes NRW. Der Ansatz der Gewerbesteuer für 2013 mit 22,4 Mio. € basiert auf dem derzeit gültigen Gewerbesteuerhebesatz von 411.

(Folie 6)

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer zeigt ebenfalls eine erfreuliche Tendenz nach oben. Dieses korrespondiert mit der in den letzten Jahren angestiegenen Beschäftigtenquote und einer niedrigen Arbeitslosenquote von 3,9 %. Eine

niedrige SGB II-Quote ist ebenfalls ein positiver Faktor – für die Wirtschaft, für unsere Finanzen und ganz besonders für die Menschen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II beträgt aktuell 1.041, denen 2.055 Personen zuzurechnen sind. Im Oktober hatten wir mit 1.024 Bedarfsgemeinschaften den geringsten Stand seit Einführung des SGB II im Jahre 2005, der jetzt wieder leicht angezogen ist.

(Folie 7)

Hierzu möchte ich zunächst auf die allgemeine Finanzsituation der Kommunen eingehen. Die Haushaltssituation vieler Städte und Gemeinden im Städte- und Gemeindebund ist alarmierend. In einem Positionspapier von Oktober 2012 beschreibt er: „Die Ergebnisse der diesjährigen Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW belegen erneut die andauernde strukturelle Unterfinanzierung insbesondere auch der kreisangehörigen Kommunen. Im Jahr 2012 rechnen nur 35 Mitgliedskommunen damit, einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen zu können. Weitere 183 Kommunen schaffen den Haushaltsausgleich nur, indem sie ihr Eigenkapital weiter aufzehren.

Die Haushaltsprobleme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden haben ihre Ursache auch darin, dass die Kommunen des kreisangehörigen Raums insgesamt die Bereitstellung öffentlicher Leistungen mit deutlich geringeren Ressourcen pro Kopf der Bevölkerung bewerkstelligen müssen als die kreisfreien Städte. Dies hat verschiedene Ursachen:

Zum einen wird das Ziel interkommunaler Verteilungsgerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich zunehmend verfehlt. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass das System der Einwohnerveredelung einwohnerstarke Städte durch die Anerkennung (realer) Ausgaben als Bedarf favorisiert, während bei der Berechnung der Steuerkraft erhebliche Einnahmenvorteile der größeren Städte durch die Wirkung einheitlicher fiktiver Realsteuerhebesätze „weggerechnet“ werden. Dies führt dazu, dass die für einen Einwohner im kreisfreien Bereich und im kreisangehörigen Bereich zur Verfügung stehenden Ressourcen immer weiter auseinanderklaffen. Über den kommunalen Finanzausgleich erfolgt so eine sich verstärkende Umverteilung von Mitteln in den kreisfreien Bereich, die dort verausgabt und nach der Logik des Verteilungssystems wiederum als Indikatoren für einen höheren Bedarf gewertet werden. So sind im Zeitraum von 2000 bis 2012 die durchschnittlichen Schlüsselzuweisungen pro Einwohner bei den kreisfreien Städten von 317,72 Euro im Jahr 2000 auf 473,42 Euro in 2012 (Entwurf GFG 2012) gestiegen (dies bedeutet einen Anstieg von 48,69%). Im gleichen Zeitraum stiegen die Zuweisungen an kreisangehörigen Bereich (Städte, Gemeinden und Kreise zusammengenommen) nur um 3,45 %, nämlich von 271,55

Euro auf 280,93 Euro.

Bei Zweckzuweisungen ist der gleiche Trend feststellbar.

Wir hoffen, dass die Klage von mehr als 40 Kommunen, an der sich die Stadt Borken beteiligt hat, gegen die Neuausrichtung des GFG erfolgreich sein wird und für die kommenden Jahre mit Korrekturen im Sinne einer gerechten Verteilung gerechnet werden kann.

Sie sehen die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen der Stadt Borken, die gerade aktualisierte Modellrechnung zum GFG 2013 sieht eine weitere Verschlechterung von ca. 115.000 € vor. Dies war bei Drucklegung des Entwurfes nicht bekannt und wird im Rahmen der Veränderungslisten bis zur Haushaltsverabschiedung eingearbeitet.

(Folie 8)

Eine in den letzten sieben Jahren relativ konstante Größenordnung.

(Folie 9)

Die Gewinnausschüttung der Stadtwerke bricht drastisch ein. Ursächlich hierfür sind hauptsächlich der veränderte Energiemarkt, die massiven Auswirkungen der Energiewende sowie ein sich daraus ergebender erheblicher Investitionsbedarf. Waren die Stadtwerke in der Vergangenheit in der Regel ein Garant für eine Verbesserung der Ertragsseite der Stadt, so wird sich dies zukünftig anders darstellen. Im engen Schulterschluss mit der Stadtwerktochter wird die strategische Ausrichtung neu diskutiert und ausgelotet. Hierbei gilt es besonders zu betonen, dass die Gewinnbestrebungen der Stadtwerke immer der Stadt Borken zugute gekommen sind, hierzu gehört insbesondere auch der Betrieb der Bäder in Borken.

(Folie 10)

Die Aufwendungen steigen im Vergleich zu 2012, auf die Kreisumlage gehe ich gesondert ein.

(Folie 11)

Obwohl ein moderater Anstieg der Kreisumlage von 27,1 auf 28 Punkten zu verzeichnen ist, ist bei einer konstant verabredeten Umlagegrundlage die monetäre Belastung leicht rückläufig. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass der Kreis 10 Mio. € aus seiner Ausgleichsrücklage in Anspruch nimmt, dadurch kann der Anstieg abgedeckt werden. Außerdem wurde eine Landschaftsverbandsumlage von 16,1 Punkten unverändert zugrunde gelegt,

obwohl Forderungen von 16,6 Punkten im Raum stehen. Dies ist ein weiteres Risiko für unseren Haushalt. Es bleibt abzuwarten, wie die LWL-Umlage tatsächlich ausfällt und wie der Kreis damit umgeht.

Der Kreis sieht sich als ein Mitglied der kommunalen Familie, was sehr begrüßt wird.

(Folien 12, 13, 14)

Durch die Pfeile in entsprechender Farbe soll ein Trend im Vergleich zu 2012 dargestellt werden. Eine nähere Betrachtung erfolgt sicherlich noch in der Haushaltsberatung.

Ich möchte aber kurz auf folgende Produktbereiche eingehen:

Zum **Stellenplan** wird Ihnen eine gesonderte Vorlage heute eingereicht. Wir haben einen Stellenzuwachs von 7,65 Stellen vorgesehen, hierin enthalten sind die bereits beschlossenen 2,56 Stellen für den Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen. Dies ist der umfangreichen und anspruchsvollen Aufgabenstellungen geschuldet.

Der Bereich der Stiftungen ist mit 0 € ausgewiesen, weil aus dem eingegangenen Stiftungsvermögen in Höhe von 3 Mio. € der Mergelsberg-Stiftung Musikschule zunächst ein Ertrag in 2013 erwirtschaftet werden muss, der dann zweckgebunden verwandt wird. Von hier aus noch einmal einen herzlichen Dank an die Stifterin.

Ein Anstieg bei den **Schulträgeraufgaben** ist auch mit der sich verändernden Schullandschaft und der Aufgabenstellung der Inklusion zu verknüpfen. Die Neugründung einer Gesamtschule bringt mit, dass auch die Rahmenbedingungen, was Räumlichkeiten und Ausstattung betrifft, einen guten Einstieg in die pädagogische Arbeit ermöglichen sollten. Die Ansätze für die Gesamtschule sind erst einmal vorsichtig gesetzt und in der Planung noch nicht abschließend beziffert, eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich aktuell damit, so dass wir davon ausgehen, dass der genauere Bedarf noch vor der Haushaltsverabschiedung einfließen kann.

Wie zuvor schon erwähnt, sind die Fallzahlen im **SGB II** im niedrigen Bereich, die Fallzahlen der Grundsicherung – SGB XII – sind mit derzeit 372 Fällen und 411 Personen weiterhin leicht steigend. Im Asylbewerberleistungsrecht rechnen wir mit steigenden Fallzahlen aufgrund der Zunahme der Asylbewerber. Außerdem haben wir pro Fall höhere Aufwendungen aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, das ein Gleichsetzen mit den SGB II Leistungssätzen entschieden hat. Dies gilt auch für Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz, deren anteilige Refinanzierung durch den Bund noch nicht abschließend geklärt ist. Außerdem gibt es zum 01.01.2013 eine Erhöhung der SGB II-Sätze.

Sorge bereitet uns die Entwicklung in der **Jugendhilfe**. Wie auch auf Kreisebene bei den

anderen Jugendämtern steigt auch in der Kreisstadt Borken der Bedarf an öffentlicher Unterstützung für Familien. Lagen die Fallzahlen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe 2011 noch unter 400, sind zum Stichtag Ende November 2012 auf 457 gestiegen. Besondere Sorge bereitet die steigende Zahl der Heimunterbringungen, waren es Ende 2011 noch 27 Fälle, liegen wir derzeit bei 38 Fällen – die einschneidenste und kostenintensivste Maßnahme in der Jugendhilfe. Parallel dazu sind die ambulanten Hilfe für Familien ebenfalls gestiegen, von 76 Ende 2011 auf derzeit 88. Die Erziehungsfähigkeit von Eltern wie die Bereitschaft, Verantwortung für Kinder und Jugendliche zu übernehmen, nimmt weiterhin ab.

Wir stellen uns der Herausforderung, Betreuungsbedarfe der Familien zu decken. Wir investieren in den Ausbau der Plätze für unter Dreijährige, die Tagespflege steigt weiterhin an auf derzeit 124 Fälle und wir planen derzeit den Neubau eines neuen Kindergartens. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiger sogenannter weicher Standortfaktor auch für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften, hier wollen wir als Kreisstadt gut aufgestellt sein.

In den Produktbereichen spiegeln sich die umfangreichen Instandhaltungsmaßnahmen insbesondere bei Gebäuden nicht wieder, weil diese nicht direkt im Haushalt aufgeführt sind, allerdings erhebliche Ressourcen binden.

(Folie 15)

Erstmals wird die stetige Zunahme der liquiden Mittel und Finanzanlagen in 2013 unterbrochen. Das liegt nicht an der noch relativ neuen Kämmererin. Oder vielleicht doch. Denn ich bin davon überzeugt, dass liquide Mittel in nachhaltige Investitionen umgewandelt, eine Weiterentwicklung für die Stadt Borken bedeuten. Ich verweise hier auf die Ausführungen von Herrn Lührmann.

(Folie 16)

Diese Folie spricht für sich. Wir sollten gemeinsam alles daran setzen, dass das so bleibt.

Zum Schluss möchte ich mich herzlich bedanken für die tatkräftige Unterstützung aus der Kämmerei.